

Die Ratssitzung am 28. Juni 2016



Inhalt:

[Brandschutzbedarfsplan: Verlogene Kontroverse](#)

[Aktuelle Stunde "Land und Bund müssen Sicherheit für Köln gewährleisten"](#)

["Strategisches Flächenmanagement jetzt einführen!"](#)

["Videoüberwachung auf den Prüfstand"](#)

["Stellplatz- und Parkraummanagement in Köln"](#)

["Der Nachtbürgermeister für Köln"](#)

[Kita-Beiträge Entlastung für geringe Einkommen](#)

[Sozial verantwortbare Gebühren](#)

[Ein Büdchen für den Rheinboulevard](#)

[Ehemaliges Ratsschiff der Stadt Köln "MS Stadt Köln"](#)

[Videoüberwachung in Kölner Stadtbahnhaltestellen](#)

[Mehr Kindertagesbetreuung](#)

[Denkmalsanierung Preußische Forts](#)

[Baubeschluss für die Gesamtinstandsetzung der Mülheimer Brücke](#)

[Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen](#)

[Qualitätsoffensive in allen kommunalen Kindertageseinrichtungen](#)

[Diversity Dienststelle gestärkt](#)

[Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln](#)

[Drogenhilfe am Neumarkt](#)

[Weitere Flüchtlingsunterkünften](#)

[Bühnen-Interim bis 2019](#)

[Weiter Ärger mit dem Kalkberg](#)

[Wahlen und Benennungen](#)

Bereits um 14 Uhr startete die letzte Arbeitssitzung des Rates vor der Sommerpause und endete zu einer für Kölner Verhältnisse moderaten Zeit gegen 21 Uhr. Trotzdem versammelt sich der Rat am 30. Juni 2016 zu einer Sondersitzung, um über den Stadthaushalt 2016/2017 und über die Sanierungsmaßnahmen des „Kalkbergs“ zu entscheiden.

Brandschutzbedarfsplan: Verlogene Kontroverse



Zeitweise war die Ratssitzung etwas turbulent, weil SPD und Linke mit roten Eimerchen durch den Ratssaal liefen. Den Linken stand das ganz gut zu Gesicht, weil diese Partei, die sich einst gegen die SPD-Politik gründete, inzwischen – dank ihres Anführers Jörg Detjen - zu kritiklosen Wasserträgern der KölnSPD mutiert ist.

Die SPD wollte, obwohl dazu der Finanzausschuss am 23. und 27. Juni beraten hatte, erneut den „Brandschutzbedarfsplan“ auf die Tagesordnung setzen. Dies misslang aber und Oberbürgermeisterin Reker entzog SPD-Fraktionschef Börschel letztlich das Wort. Die SPD missbraucht die ernste und notwendige Debatte über das angemessene Maß zusätzlicher Finanzen für die Feuerwehr als billiges Mittel der „Fundamentalopposition“.

Die Sorgen und Nöte der Feuerwehrleute, deren Leistungen die GRÜNEN hoch achten, werden von der SPD ausgeschlachtet, um von ihrer eigenen haushaltspolitischen Unfähigkeit abzulenken. Am 07.04.2014 hatte die SPD im Finanzausschuss noch einmütig mit den GRÜNEN den „Brandschutzbedarfsplan 2014“ (BBP) im Finanzausschuss angehalten, um ihn einer Untersuchung zu unterziehen. Seinerzeit stellten die damaligen Koalitionäre fest: Der vorgelegte BBP veranschlagt über 5 Haushaltsjahre einen Mehrbedarf von über 31 Mio. Euro allein für konsumtive Aufwendungen – also ohne Investitionen. Es ist erforderlich zu prüfen, inwieweit die Verwaltung angesichts der nach wie vor prekären städtischen Haushaltslage ihrerseits Konsolidierungserfordernissen nachgekommen ist, die geplanten Aufwendungen für den Brandschutzbedarfsplan in eine angemessene Balance mit den unabdingbaren Konsolidierungszielen für den Stadthaushalt zu bringen. Seit Mitte Mai 2016 liegt nun diese Untersuchung vor.

Während CDU und GRÜNE sich damit bis Mitte September ernsthaft befassen und dann entscheiden wollen, weil wenige Tage nicht ausreichen, behaupten SPD und Linke, der BBP sei von der neuen Haushaltsmehrheit abgelehnt worden. Zu allem Überflus entrüstet sich künstlich SPD-Stadtdirektor Guido Kahlen, dass seit 1996 keine Fortschreibung erfolgt sei. Dabei hat er seit seinem Amtsantritt vor fast 10 Jahren die rechtzeitige Vorlage eines BBP verschlafen. Verlogener geht's nicht.

In der auf Antrag von CDU, GRÜNE und FDP durchgeführten Aktuellen Stunde zur Frage, ob Land und Bund die notwendigen Polizeikräfte in Köln zu Verfügung stellen, um die **Sicherheit bei Großveranstaltungen**, wie dem bevorstehenden CSD, zu gewährleisten, hatte die SPD nichts Konstruktives beizutragen.

- [Im Wortlaut der Antrag](#)

Antrag der SPD-Fraktion: "Strategisches Flächenmanagement jetzt einführen!"

2004, 2008 und 2011 hat der Rat die Verwaltung mit der Entwicklung eines strategischen Flächenmanagements beauftragt. Eine richtungweisende Studie und Workshops unter Beteiligung des Stadtentwicklungs- und Liegenschaftsausschusses wurden durchgeführt. **Jörg Frank** (GRÜNE) kritisierte die fehlende Umsetzung durch die Dezernate Stadtentwicklung und Wirtschaft. Die SPD wollte

mit ihrem Antrag die Verwaltung erneut beauftragen. Dabei ist alles längst vom Rat beschlossen und beauftragt. Warum nun schon wieder? Der SPD-Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Planungsdezernent Höing versprach bis zum Jahresende ein Konzept vorzulegen. Alle sind nun gespannt.

- [Im Wortlaut der Antrag](#)

Antrag der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten sowie von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln): "Videoüberwachung auf den Prüfstand"

Statt des unklaren Antrags von Linken und Piraten wurde auf grüne Initiative gegen SPD, Linke und Piraten eine konkrete Überprüfung der geplanten Videoüberwachung im öffentlichen Raum beauftragt. Videoüberwachung soll nicht pauschal überall eingesetzt werden, erklärte **Manfred Richter** (GRÜNE). Sie bedarf einer präzisen Abwägung im Spannungsfeld zwischen öffentlichen Sicherheitsbedürfnissen und dem Schutz der Freiheits- und Bürgerrechte. Dazu soll eine Expertenanhörung und eine Tagung bis Anfang 2018 dienen, in der die dann vorliegenden Erfahrungen mit Videoüberwachung auszuwerten sind.

- [Im Wortlaut der Antrag](#)
- [Änderungsantrag von CDU, GRÜNEN und FDP](#)

Antrag der SPD-Fraktion: "Stellplatz- und Parkraummanagement in Köln"

Obwohl das Gesetz noch gar nicht vorliegt sondern vom Landtag beraten wird, beantragte die SPD, die Verwaltung mit der Aufstellung einer neuen Stellplatzsatzung zu beauftragen. Dabei ist noch gar nicht abzusehen, wie der § 50 der Landesbauordnung, der die Stellplatzpflicht bei Bauvorhaben regelt, letztlich aussehen wird. Voraussichtlich würde sie den Kommunen die Freiheit lassen, um bei der Stellplatzpflicht das veränderte Mobilitätsverhalten berücksichtigen zu können. Carsharing könnte so unterstützt werden. Bei studentischem und generationsübergreifendem Wohnen könnte die Stellplatzpflicht aufgehoben, vorhandene Parkplätze auf Nachbargrundstücken genutzt und der öffentliche Nahverkehr stärker berücksichtigt werden. „Könnte! Erst mit Vorlage des Gesetzes ist klar, was die Verwaltung tun kann.“, so **Kirsten Jahn** (GRÜNE). Daher haben auch die GRÜNEN den SPD-Antrag abgelehnt. Politische Ignoranz à la SPD beschäftigt bloß unnötig die Verwaltung, die im Übrigen die Gesetzesentwicklung längst auf dem Schirm hat, wie Planungsdezernent Höing bestätigte.

- [Im Wortlaut der Antrag](#)

Antrag der SPD-Fraktion: "Konflikte vermeiden, Kommunikation fördern: Der Nachtbürgermeister für Köln"

Es ist für GRÜNE selbstverständlich, dass eine multikulturelle, europäische Großstadt wie Köln ein breites Kulturangebot hat und Rat wie Verwaltung dies mit Kräften fördern. Das gilt nicht minder für die Musikclub-Szene. Wie in jeder Großstadt gibt es in Stadtteilen auch Konflikte zwischen Anwohnenden und Musikclub-Besuchenden. Daher klingt der Nachtbürgermeister-Vorschlag erst mal vielversprechend, um Konflikte zu lösen. Bei Nähe besehen, entpuppt sich der SPD-Vorschlag als Quadratur des Kreises. Der/die Nachtbürgermeister/in soll Sprachrohr der Musikclubs sein, in Konflikten vermitteln, zentrale Ansprechperson (auf welcher Seite?) und auch noch unabhängig sein. Ein solches Amt ist völlig unrealistisch. Abgesehen davon, dass die SPD auch nicht sagen kann, ob eine solche Funktion, womöglich bezahlt, bei der Stadtverwaltung angesiedelt ist. Auch der Verweis auf Amsterdam hilft nicht weiter. Da ist der „Nachtbürgermeister“ im Kern ein Interessensvertreter der Musik- und Nachtclubs. Mit der „Klubkomm“, der über 70 Kölner Musikclubs angehören, gibt es in Köln eine kompetente und legitime Interessensvertretung. Sie braucht allerdings auf städtischer Seite klar definierte Ansprechpartner für Genehmigungen, in Konfliktfragen und letztlich auch für die Förderung. Denn die Musikclub-Szene ist ein wichtiger Teil der Kulturwirtschaft. „Wir setzen uns für ihre Förderung und für eine gut funktionierende Ansprechbarkeit auf Verwaltungsseite ein. Das gilt es zu ver-

bessern. Bei größeren Konflikten mit der Anwohnerschaft benötigen wir wirklich unabhängige Mediatoren, um jeweils einen Interessenausgleich zu finden. Der SPD-Vorschlag hilft niemanden, daher lehnen wir ihn ab.“, erklärte **Jörg Frank** (GRÜNE).

- [Im Wortlaut der Antrag](#)

Kita-Beiträge: Entlastung für geringere Einkommen

Änderung der Satzung über die Elternbeiträge zur Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und Offenen Ganztagschulen zum 01. August 2016

Die Satzungsänderung zu den Elternbeiträgen flankiert die Entscheidung des „**Sansibar-Haushaltsbündnisses**“ (CDU, GRÜNE, FDP, Deine Freunde), statt 18 nur 12 Monate betragsfrei zu stellen. Sie entlastet einkommensschwache Eltern im Durchschnitt um 25%. Die Beitragsstaffelung ist so angepasst, dass die Eltern der beiden unteren Einkommensgruppen nicht schlechter gestellt sind als bislang.

Das bisher beitragsfreie Kita-Halbjahr wurde zurückgenommen, um nachhaltig eine bessere Qualität und den Ausbau der Plätze im Offenen Ganztage trotz großer Haushaltsnot finanzieren zu können. Die Mehreinnahmen aus den Kita-Beträgen werden in das städtische Bildungsangebot investiert.

- [Im Wortlaut: Die Verwaltungsvorlage](#)

Sozial verantwortbare Gebühren

Dritte Satzung zur Änderung der Satzung über Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen für obdachlose Personen, Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge der Stadt Köln

Die im Rat am 01.10.2013 im Rat beschlossene Gebührensatzung wurde, aufgrund erheblicher finanzieller Mehrbelastungen, für die in den Übergangwohnheimen lebenden Bewohnenden, insbesondere der Selbstzahlenden seitens der Verwaltung nochmal geändert und heute dem Rat zur erneuten Entscheidung vorgelegt. Um die Effekte der Gebührenanpassung für die betroffenen Bewohnenden zusätzlich abzumildern, wurde auf grüne Initiative ein Änderungsantrag einstimmig beschlossen, der zum einen Steigerungen von höchstens 15% je Objekt vorsieht und zum anderen die Verwaltung beauftragt, unverzüglich den betroffenen Bewohnenden, insbesondere den Selbstzahlenden eine umfassende Beratung in Bezug auf mögliche Ansprüche auf Wohngeld und Zuschüsse zu den ungedeckten Kosten der Unterkunft anzubieten.

- [Im Wortlaut: Die Verwaltungsvorlage](#)
[Der Änderungsantrag von CDU, GRÜNEN und FDP](#)

Ein Büdchen für den Rheinboulevard Rheinboulevard Deutz – Verkaufsstelle



Im Sommer 2017 soll der Kiosk am Rheinboulevard öffnen. Der Rat billigte nun die Ausschreibung. Der Beschluss geht auf eine grüne Initiative in der Bezirksvertretung Innenstadt zurück, die vom Umweltausschuss und nun vom Rat im Wesentlichen übernommen wurde. Ein Integrationsbetrieb soll den Kiosk betreiben. Daher soll es unter den Kölner Integrationsfirmen, darunter die KGAB, ausgeschrieben werden. Bis der Kiosk steht, versorgt ein Ausschankwagen nördlich der Hohenzollernbrücke - wie 2015 - während der Sommermonate die durstenden Besucher.

- [Im Wortlaut: Die Verwaltungsvorlage](#)
[Der Änderungsantrag der FDP](#)
[Der Änderungsantrag Gruppe Piraten und Deine Freunde](#)

Ehemaliges Ratsschiff der Stadt Köln "MS Stadt Köln"

Auf Vorschlag des Liegenschaftsausschuss-Vorsitzenden **Jörg Frank** wurde der Verwaltungsvorschlag zur Aufhebung des Ratsbeschlusses zur Sanierung des Ratsschiffes zurückgewiesen. Das Ziel, das historische Schiff zu sanieren, verfolgt der Rat weiter. Der Rat schloss sich nun einstimmig dieser Empfehlung an.

Demnach soll die Verwaltung sowohl private Interessenten finden, die das Ratsschiff als Denkmal erhalten und übernehmen wollen, als auch zusätzliche Fördermöglichkeiten erkunden. Bei der NRW-Stiftung und dem Sonderprogramm des Bundes werden Mittel beantragt. Entgegen Medienmeldungen liegt aber bislang keine Zusage vor. Mit dem Förderverein sollen Gespräche geführt werden, um seine realen Handlungsmöglichkeiten festzustellen. Im Herbst werden die Ergebnisse erneut im Liegenschaftsausschuss beraten.

- [Im Wortlaut: Die Verwaltungsvorlage](#)

Videoüberwachung in Kölner Stadtbahnhaltestellen

Die Beschlussvorlage wurde auf Betreiben der GRÜNEN zurückgestellt, weil noch darüber intensiv beraten werden muss.

- [Im Wortlaut: Die Verwaltungsvorlage](#)
[Der Änderungsantrag der Gruppe der Piraten](#)

Mehr Kindertagesbetreuung

Weiterer bedarfsgerechter Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige und für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt bis 2020/21 ff.

Der Ausbau der Kindertagesbetreuung über die bisherige 40%-Quote hinaus ist notwendig. Deshalb billigte der Rat, dass bei gesicherter Finanzierung der Ausbau von 50% für die U3 Betreuung im ersten Schritt und 52% im zweiten Schritt zu realisieren ist. Köln war bislang schon auf einem guten Weg und wird es auch weiterhin bleiben. „Die Stadt wächst und der Bedarf ist da. Auf der bis jetzt erfolgten Realisierung können wir uns nicht ausruhen. Für die Eltern, die Kinder und den Standort Köln ist diese Entscheidung wichtig und richtig.“, begründet **Svenja Rabenstein** (GRÜNE) den Beschluss.

- [Im Wortlaut: Die Verwaltungsvorlage](#)

Städtische Liegenschaft Neusser Wall 33 "Fort X", 50670 Köln

Der Rat gab nun die notwendigen Planungsmittel für die Sanierung frei. Die Sanierung wird 3,2 Mio. Euro kosten. Durch den Haushaltsbeschluss 2016/2017 werden über Erträge aus der Kulturförderabgabe 420.000 Euro zur Sanierung des Zwischenwerks Va an der Belvederestr. zur Verfügung gestellt. Die Fortanlage wird von der Freiluga und der Jugendhilfe genutzt. Der grünen Ratsfraktion ist diese Maßnahme wichtig, weil sie Denkmalschutz und Bildungsangeboten zu Gute kommt.

- [Im Wortlaut: Die Verwaltungsvorlage](#)

Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV

Baubeschluss für die Gesamtinstandsetzung der Mülheimer Brücke



Bei diesem Jahrhundertbeschluss soll die Brückenstatik einen breiteren Radfahrweg nicht aushalten. Bei über 120 Mio. Euro Invest und einer prognostizierten Haltbarkeit von 100 Jahren hätte die Verwaltung dem Rat frühzeitig Alternativen aufzeigen müssen, um die Radweg-Infrastruktur den Zukunftserfordernissen entsprechend auszubauen. Die Chance wurde vertan. Immerhin wurden folgende Änderungen erreicht: Vorerst müssen sich Radfahrende mit einer leicht

verbreiterten Nebenanlage zufrieden geben. Zumindest werden nun vernünftige Anschlüsse an die Brücke geplant, was beim Ausbau des Niehler Gürtels als Radschnellweg dringend notwendig ist. Ebenso werden die Voraussetzungen geschaffen, den Radverkehr auf die Straße zu holen, sobald die Leverkusener Brücke fertig gestellt ist und der LKW-Verkehr auf der Mülheimer Brücke zurückgegangen ist. Schließlich werden auch neue Rampen vom Rheinradweg kommend geplant, sodass auch hier eine bessere Anbindung gegeben ist

- [Im Wortlaut: Die Verwaltungsvorlage](#)

Stadtrat nun digital

Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen

Der technische Fortschritt geht nun – trotz mancher Widerstände - auch nicht mehr an der Kommunalpolitik vorbei. Die Unmengen Papier, die durch den Ausdruck von Sitzungsunterlagen geschaffen wurden, sollen nun überwiegend der Vergangenheit angehören. Wenige Ausnahmen sind zulässig. In zwei Jahren wird nun evaluiert und dann nochmals angepasst.

- [Im Wortlaut: Die Verwaltungsvorlage \(beschlossen wurde wie Anlage 14\)](#)

Mehr Qualität in die Kitas

Qualitätsoffensive in allen kommunalen Kindertageseinrichtungen der Stadt Köln

Nach vielen Jahren des quantitativen Ausbaus der Kindertagesstätten sollen sie nun auch qualitativ gestärkt werden. Darauf haben die GRÜNEN seit Jahren gedrängt. In einem Qualitätsentwicklungs- bzw. Qualitätssicherungskonzept sollen konkrete Methoden und Maßnahmen erarbeitet werden, um unter Einbeziehung der Erziehenden jedes Kind entsprechend seiner Möglichkeit zu fördern. Das Projekt ist bis 2022 angelegt.

- [Im Wortlaut: Die Verwaltungsvorlage](#)

Diversity Dienststelle gestärkt

Zusetzung von 1,0 Mehrstelle zur Prävention und zum Abbau von Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung im Rahmen von Diversity

Die Diversity-Dienststelle der Stadt Köln erhält nun eine weitere Stelle für die Aufgaben Prävention und Abbau von Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung. Damit wird eine Anforderung aus dem 2015 vom Rat beschlossenen interkulturellen Maßnahmenprogramm erfüllt.

- [Im Wortlaut: Die Verwaltungsvorlage](#)

Feinkonzept zur Einrichtung und Umsetzung einer Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln

Mit breiter Mehrheit hatte der Rat am 10.05.2016 die Verwaltung mit der Einrichtung einer Ombudsstelle beauftragt, die, anders als bei alltäglichen Beschwerden oder Missverständnissen, sich um den Vorwurf gravierender Verstöße wie Gewalt, sexuelle Übergriffe, Diskriminierungen, Verletzungen der Menschenwürde gegenüber Flüchtlingen kümmern soll. Nun entschied der Rat über das vorgelegte Feinkonzept. Es regelt die Anbindung, Aufgaben und konkreten Abläufe. Die für die GRÜNEN wichtige Frage der Unabhängigkeit der Ombudsstelle, sowohl gegenüber der Verwaltung, als auch gegenüber dem Flüchtlingsrat e.V., ist gesichert. Die Stelle ist mit 1,5 Stellen Fachpersonal - Soziale Arbeit/Sozialpädagogik und Verwaltung – beim Flüchtlingsrat administrativ angebunden – ansonsten aber unabhängig.

- [Im Wortlaut: Die Verwaltungsvorlage](#)

Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum am Neumarkt



Der Neumarkt ist ein Treffpunkt und Aufenthaltsbereich von Menschen mit suchtbezogenen Problemen. Mit einem Drogenkonsumraum soll für diese Menschen nun ein Drogenhilfeangebot in der Nähe des Neumarkts eingerichtet werden, wo sie auch die Möglichkeit haben, Drogen zu konsumieren. Bei drogenbedingten Notfällen steht medizinisches Fachpersonals bereit. Für die GRÜNEN ist bei dieser Lösung ein niedrigschwelliger Ansatz besonders wichtig. Die Drogenszene ist nicht nur am Neumarkt und am

Hauptbahnhof aktiv. Deshalb sollen auch Angebote in Kalk und Mülheim geprüft und entwickelt werden. Voraussetzung dafür ist, ob das Angebot des neuen Drogenkonsumraums angenommen wird und Erfolge sichtbar sind. Die weitere Entwicklung im Stadtteil Meschenich wird die grüne Ratsfraktion genau beobachten.

- [Im Wortlaut: Die Verwaltungsvorlage
Der Änderungsantrag der SPD](#)

Standorte zur Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften

Die Verwaltung sucht händeringend nach Flächen, auf denen weitere Unterkünfte für Flüchtlinge entstehen können. Dies wird zunehmend schwieriger, weil mittel- und langfristig Grundstücke für dauerhaften Wohnungsbau benötigt werden. Die Auswahl von Flächen für temporäre Unterkünfte wird forciert, damit die Geflüchteten in den derzeit noch 25 belegten Turnhallen absehbar umziehen können. Deshalb liegt der Schwerpunkt auf Leichtbauhallen oder Containern. Nach zäher Diskussion – auch im Rat - beschloss der Rat nun gegen die Stimmen von SPD, AfD und pro Köln die von der Verwaltung vorgeschlagenen Flächen ohne den Standort „Bensberger Marktweg“ in Dellbrück (Naturschutz) näher zu prüfen, wobei auch Naturschutzbelange abgewogen werden müssen. Für jede geprüfte Fläche wird in Kürze eine gesonderte Beschlussvorlage zur Bebauung vorgelegt. Bereits im Sozialausschuss fand der schwarz-grüne Dringlichkeitsantrag, endlich auch die Umsetzung von Unterkünften in Holzständer- Bauweise zu prüfen, einhellige Unterstützung.

- [Im Wortlaut: Die Verwaltungsvorlage
Der Änderungsantrag der SPD](#)

Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für die Spielzeit 2016/17

Für den Wirtschaftsplan 2016/2017 und der Sicherung des Bühneninterims für Schauspiel und Oper hat der Rat nun grünes Licht gegeben. „Ein guter Tag für die Bühnen der Stadt Köln.“, freut sich **Brigitta von Bülow** (GRÜNE). „Es war richtig, im Vorfeld verschiedene Optionen konkret durchzuspielen. Das Staatenhaus hat sich für die Oper neben seinem künstlerischen Wert auch als preisgünstigste Lösung herausgestellt. Das Schauspiel bleibt im Depot Mülheim. So wurden optimale Lösungen gefunden und Planungssicherheit geschaffen. Eine möglichst zeitnahe Rückkehr an den Offenbachplatz muss das oberste Ziel bleiben.“

Da die BB Group nicht darauf besteht, wie ursprünglich festgelegt, im Sommer 2017 das Staatenhaus als Musicaltheater umzubauen, war der Weg für die Oper frei. Ansonsten wäre offensichtlich nur der Ankauf des Palladiums die einzig realistische Alternative gewesen. Die erforderlichen Mittel für die Verlängerung des Interims bis zur Spielzeit 2018/2019 sind bereits in der Mittelfristplanung des Wirtschaftsplans der Bühnen vorgesehen. Der nun gebilligte Betriebskostenzuschuss belastet nicht zusätzlich den Doppelhaushalt. Ein neuer Eröffnungstermin sowie der Kostenrahmen für das Bühnengebäude Offenbachplatz können belastbar erst im 1. Quartal 2017 dargestellt werden.

- [Im Wortlaut: Die Verwaltungsvorlage](#)

Weiter Ärger mit dem Kalkberg

Weiterplanungs- und Baubeschluss zur nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung des Kalkbergs,

Erneut musste sich der verantwortliche Stadtdirektor Kahlen kritischen Fragen stellen. Welche Maßnahmen zur Sanierung der Kalkberg-Altlast dienen der dringlichen Gefahrenabwehr für Umwelt und Bevölkerung und welche dienen versteckt dazu, das Rettungshubschrauber-Vorhaben – koste es, was es wolle – durchzuziehen? Zur erfolgten Strafanzeige und dort aufgeführten Vorwürfen der Vertuschung durch die Bürgerinitiative Kalkberg äußerte er sich nicht konkret. Immer wieder betonte er, dass „unmittelbare Gefahr im Verzug“ angezeigt sei und er auch ohne Ratsbeschluss handeln werde. Dies muss er nun bis zum 29. Juni 2016 sachlich und juristisch untermauern. Deutlich wurde auch der massive Vertrauensverlust Kahlens im Rat. Nur die SPD steht vorbehaltlos zu ihm. Bis zum 29. Juni 2016 muss nun Kahlen gegenüber den Ratsfraktionen nachliefern und die gestellten Fragen klären. Die Entscheidung wurde auf Betreiben von CDU, GRÜNE und Deine Freunde auf die Ratssitzung am 30. Juni vertagt.

- [Im Wortlaut: Die Verwaltungsvorlage](#)

Wahlen und Benennungen

Beirat des Italienischen Kulturinstituts – TOP 17.2

Für die grüne Ratsfraktion wurde Berivan Aymaz, Mitglied des Ausschusses Kunst und Kultur, in den Beirat gewählt.

Jury des Umweltschutzpreis der Stadt Köln - TOP 17.4

Für die grüne Ratsfraktion wurde Hans Schwanitz in die Jury gewählt.

SPD-Nachbesetzung im Ausschuss Umwelt und Grün – TOP 17.7

SPD-Parteichef Jochen Ott, ehemaliges Ratsmitglied und unterlegener SPD-OB-Kandidat ist nun auch als sachkundiger Bürger im Ausschuss Umwelt und Grün zurückgetreten. Für ihn wurde vom Rat das Ratsmitglied Rafael Struwe gewählt, der nun Chancen auf den Ausschuss-Vorsitz hat. Die grüne Ratsfraktion wünscht ihm gutes Gelingen!

Impressum:

Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Kölner Rat
Rathaus – Spanischer Bau * Rathausplatz 1 * 50667 Köln
Tel.: 0221 – 211 25919 * Fax: 0221 – 221 24555
Mail: Gruene-fraktion@stadt-koeln.de
www.gruenekoeln.de
V.i.S.P.: Jörg Frank, Geschäftsführer